

Besatzbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Sturm in Paris.

Kämpfe auf den Boulevards. - Barrikaden gegen Polizei.

Paris, 24. August. (Eigenbericht.)

Obwohl der Polizeipräsident alle für den Dienstag abend angeordneten Kundgebungen verboten hatte, folgten ungeheure Menschenmassen, deren Zahl auf über hunderttausend geschätzt wird, dem Aufruf der Sozialisten, Kommunisten und der Gewerkschaften zum Protest gegen die Hinrichtung von Sacco und Banzetti. Die Polizei erwies sich zunächst als viel zu schwach dieser Menschenmenge gegenüber. Sehr bald kam es zu Zusammenstößen, als die Polizei den Demonstranten den Weg zum Generalkonsulat der USA ver sperren wollte. Gegen 10 Uhr abends drang die Polizei, durch republikanische Garde verstärkt, mit außergewöhnlicher Rücksichtslosigkeit vor, um die Straßen einschließlich der Kaffeehaus terrassen menschenleer zu machen. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte. Auch viele Gäste der Cafés wurden ein Opfer der Polizeiwillkür und erlitten schweren Schaden. Die Cafés schlossen. Die Menge wurde von den großen Boulevards in die Seitenstraßen abgedrängt. Die nordamerikanische Botschaft war von über 5000 Polizei beamten mit Gewehren in einem Umkreis von einem Kilometer abgesperrt. Die Bewegung nahm auf den großen Boulevards ihren Ausgang. Dort hatten sich etwa 10000 völlig harmlose Manifestanten gegen 9 Uhr abends eingefunden, als plötzlich ohne irgendwelche Herausforderung die Polizei in außerordentlich brutaler Weise gegen sie vorging. Im Nu waren die Kaffeehaus terrassen überfüllt. Frauen und Kinder wurden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. In zahlreichen Kaffeehäusern wurden dann auch durch Demonstranten Fenster zertrümmert, großer Materialschaden und Panik angerichtet.

In der Zwischenzeit aber sammelten sich Kommunisten besonders auf dem Montmartre und in den Champs Elyées, wo sie vordrangen. Auf dem Montmartre überfielen etwa 600 das Variété „Moulin rouge“ und zertrümmerten seine ganze Ausstattung, die großen Spiegelscheiben wurden durch Revolvergeschosse und Steinwürfe völlig zerstört. Auch in den großen Hotels kam es zu wilden Szenen. So wurden die Hotels Carlton, Chambord und mehrere große Kaffeehäuser der Champs Elyées überannt und schwer beschädigt. Zahlreiche Gäste wurden durch Würfe mit Flaschen und sonstigen Gegenständen verletzt. Auf dem Boulevard Sebastopol hatten andere Manifestanten Straßenbahnwagen umgeworfen und daraus eine Barrikade errichtet, die sie über eine Stunde lang gegen die anlaufende Polizei erfolgreich verteidigten. Die Fenster großer Geschäfte und Kaufhäuser wurden von den Manifestanten auf ihrer Flucht vor der attackierenden Polizei zertrümmert, besonders hat das Warenhaus Potin gelitten, dessen Auslageninhalt auf der Straße herumgeschleudert wurde. Die Zahl der Verwundeten auf beiden Seiten ist außerordentlich groß, man schätzt die Zahl der verwundeten Polizisten auf 200. 200 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die gemäßigte Linkspresse protestiert heute energisch gegen die Haltung der Polizei.

Das „Deuore“ spricht von unndiger Brutalität und bringt einen Bericht eines Redaktionsmitgliedes, der als Augenzeuge den Mißhandlungen von Kaffeehausgästen, Frauen und Kindern durch die Polizei beimohnte. - Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ überschreibt seine Meldung „Die Polizei hat mit unerhörter Brutalität die Manifestanten zerstreut“. Das Blatt schildert Fälle unglaublicher Ausschreitungen von Polizisten. Der sozialistische „Populaire“ beglückwünscht den Polizeipräsidenten, daß man, um die Ordnung zu retten, Unordnung organisiert habe. Die Polizei sei ohne jede Aufforderung zur Räumung der Straßen losgegangen. „Paris Matin“ teilt mit, daß die Polizei weder die Ausweise der Pressevertreter noch die von der Polizeipräsidentur für die Journalisten ausgebenen Abzeichen beachtet habe. Ein Redaktionsmitglied des Blattes sei von der Polizei mit Ohrfeigen und Faustschlägen bearbeitet worden. Auf seinen Protest erklärten ihm die Beamten:

„Wir pfeifen auf die Presse!“

Auch andere Redaktionsmitglieder seien mißhandelt worden. Der „Appel“ veröffentlicht einen Protest gegen die nicht zu rechtfertigenden Brutalitäten der Polizei, denen trotz ihrer Pressenausweise zwei Redaktionsmitglieder des Blattes zum Opfer gefallen sind.

In der Provinz kam es in mehreren Städten zu Zwischenfällen. In Lille hat auf Vorschlag der sozialistischen Partei der Stadtrat beschlossen, die Kredite für den Empfang der amerikanischen Legion zu streichen. In Cherbourg haben die Dockarbeiter beschlossen, am 19. September, dem Tage der Ankunft der amerikanischen Legion, die Arbeit niederzulegen und die Ausschiffung der Legion zu verhindern. In mehreren Städten, wie in Toulon, Rouen und Lille haben die sozialistischen Gemeindefraktionen die Bahnen auf dem Stadthaus auf halb mast hissen lassen.

Der Polizeibericht.

Paris, 24. August.

Im Polizeibericht wird die Gesamtzahl der Verhafteten auf 200 geschätzt. Etwa zehn Polizeibeamte sind ins Krankenhaus gebracht worden, annähernd 50 leichtverletzte konnten sich nach Anlegung von Rotverbänden nach Hause begeben. Im Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt und um 1 Uhr

berglits konnte der besondere polizeiliche Ordnungsdienst wieder aufgehoben werden. Was die Sachschäden betrifft, so sind sie in den Champs Elyées wenig bedeutend; es handelt sich dort zumeist nur um zerbrochene Fensterscheiben. Auf den äußeren Boulevards jedoch sind die Schäden beträchtlich. „Journal“ berichtet, daß Manifestanten das Grab des unbekanntes Soldaten unter dem Triumphbogen bespuckt hätten.

Nicht alle dürfen protestieren.

Nur die, die nicht Gefinnungen verfolgen.

Paris, 24. August.

Zur Hinrichtung Saccos und Banzettis und zu den Pariser Kundgebungen schreibt das offizielle Organ der sozialistischen Partei, der „Populaire“: Sacco und Banzetti sind gestorben, nicht weil sie schuldig waren, sondern weil sie anarchistische Tendenzen vertraten; Tschchenko, Boris Stejanoff und viele andere starben in den Gefängnissen auf dem Balkan, weil sie Kommunisten waren; Tausende von russischen Sozialisten sind gestorben oder sterben langsam in den Gefängnissen der Bolschewiken wegen ihrer sozialistischen Weltanschauung; Tausende von Anschuldigen kommen in Italien um, weil sie sich weigern, sich dem Faschismus anzuschließen. Wer diese Verbrechen duldet, hat nicht das Recht, gegen das Verbrechen von Vossion zu protestieren. Wenn das beleidigte Weltgewissen alle Verfolger zwänge, endlich die Freiheit der Meinung zu achten, dann würden Sacco und Banzetti nicht vergeblich in den Tod gegangen sein.

40 Verletzte in London.

London, 24. August.

Als gestern Demonstranten vom Hyde Park versuchten, zur amerikanischen Botschaft zu marschieren, wurde ihnen das durch zahlreiches Polizeiaufgebot verwehrt. Es kam dabei zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf 40 Demonstranten verletzt wurden.

Unruhen in Holland.

Amsterdam, 24. August.

Auf dem großen Platz vor dem königlichen Schloß gab es gestern abends im Anschluß an eine Sacco-Banzetti-Protestkundgebung mehrmals Zusammenstöße zwischen einer hauptsächlich aus jungen Burschen bestehenden Menge und der Polizei, die mit Säbeln und Gummiknüppel einschlug, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Zusammenstöße wiederholten sich später auf dem nahegelegenen Nieuwendijk, den schließlich die Polizei vollkommen abspernte. Die Militärpolizei ist in Alarmbereitschaft gesetzt, das Militär in den Kasernen von Watergraafsmeer und Sloten verstärkt. Das nordamerikanische Konsulat, von dem gestern eine Fensterscheibe mit Steinen eingeworfen wurde, wird streng bewacht. Ähnliche Zwischenfälle ereigneten sich in Rotterdam und im Haag, wo bei Zusammenstößen mit der Polizei verschiedene Personen verletzt, andere verhaftet wurden. In Rotterdam hat die Polizei sogar geschossen.

Zusammenstoß in Kopenhagen.

Kopenhagen, 24. August. (Mit.)

Im Anschluß an eine stürmische Kundgebung im Sportpalast anlässlich der Hinrichtung von Sacco und Banzetti zogen 4000 bis 5000 Mann durch die Straßen des östlichen Kopenhagen, um vor der nordamerikanischen Botschaft zu demonstrieren. An einer Straßentrennung wurde von einem starken Polizeiaufgebot Halt geboten und schließlich mit dem Gummiknüppel eingekesselt. Bei dem Handgemenge wurden zahlreiche Schaufenster und Fensterscheiben eingeschlagen. Auch zwei Automobilen wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe erheblich verletzt. Sieben Demonstranten wurden verhaftet.

Verletzte auch in Portugal.

Paris, 24. August.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Lissabon war gestern vor dem amerikanischen Konsulat in Oporto eine Protestkundgebung. Polizei und republikanische Garde griffen ein, um die Menge zu zerstreuen. Einige Personen wurden verletzt.

Die USA-Fahne in Südafrika verbrannt.

Johannesburg, 24. August.

Eine Anzahl von Anhängern Saccos und Banzettis verbrannte eine amerikanische Flagge auf den Stufen des Rathauses. Ein Demonstrant hielt eine Rede für den Boykott amerikanischer Waren.

Bombenattentat in Chicago.

Drei Tote. - Mehrere Häuser abgebrannt.

New York, 24. August. (IU.)

Im Italienviertel von Chicago wurde ein Bombenattentat verübt, durch das drei Personen getötet wurden. Fünf Häuser wurden schwer beschädigt und brannten darauf nieder. Das Feuer konnte noch nicht gelöscht werden. Die Bevölkerung wurde von einer furchtbaren Panik ergriffen und lief in Nachthemden auf die Straße. In New York wurde ein Mann verhaftet, den man mit den Bombenanschlägen auf der New Yorker Untergrundbahn in Verbindung bringt.

Schließt die Reihen!

Der Sonntag der Gewerkschaften.

Von Friedrich Eckorn.

Am Sonntag mittag sammelt sich die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft Berlins an allen Ecken und Enden der Stadt zu Werbeumzügen, die der Treptower Spielwiese als gemeinsamen Treffpunkt zustreben. Die rein zahlenmäßigen Angaben über die Stärke der einzelnen Berliner Ortsgruppen unserer Zentralverbände sind wohl als Maßstab geeignet, vermitteln jedoch einzeln oder zusammengenommen weder uns noch der Öffentlichkeit ein lebendiges Bild von den Menschenmassen, die hinter diesen Zahlen stehen, noch von ihrer Wirksamkeit. Es ist daher sehr wohl angebracht, daß alle Gewerkschaftsmitglieder von Zeit zu Zeit zusammen treten, um ihre Genossen zu sehen und sich samt ihnen sehen zu lassen.

Von der Feier des 1. Mai abgesehen, hat offenbar das 25jährige Jubiläum des Internationalen Gewerkschaftsbundes im vergangenen Jahre, das in Form einer gewerkschaftlichen Werbewoche begangen wurde und mit einer festlichen Kundgebung abschloß, die in Berlin geradezu glänzend verlief, unsere drei Berliner Ortsausschüsse veranlaßt, auch in diesem Jahre einen Gewerkschaftstag zu veranstalten. In dem großen Berlin, in dem der Zug immer mehr nach der lustigeren Peripherie geht, verkörpern sich die Einzelnen, die Hunderte und Tausende Gewerkschafts genossen zu sehr, so daß es ihnen geradezu ein Bedürfnis ist, wenigstens ein, zweimal im Jahre zusammenzukommen. Ein Bedürfnis nicht minder für die Gesamtbewegung. Denn solche Massenkundgebungen für die Ausbreitung des Organisationsgedankens bedeuten in ihrer Wirkung auf die noch oder wieder Abseitsstehenden eine nicht zu unterschätzende Förderung der alltäglichen Werbearbeit; sie vertiefen das Selbstbewußtsein der Organisierten und stärken das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität.

Darauf kommt es gegenwärtig in Berlin ganz besonders an. Zwar hat Berlin im ganzen genommen eine recht stattliche Anzahl von freigewerkschaftlich Organisierten aufzuweisen. Im einzelnen aber läßt das Organisationsverhältnis teilweise noch viel zu wünschen übrig. Ziehen wir einen Vergleich zwischen der Organisationshöhe der Wiener Arbeiter- und der Berliner, betrachten wir das Prozentverhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten hier und dort, dann tritt uns besonders klar vor Augen, wieviel in Berlin noch zu tun, wie unendlich viele Kleinarbeit noch zu leisten ist, um die Reihen zu schließen. Am besten steht es wohl noch in den graphischen Berufen, vorab bei den Buchdruckern und Lithographen. Wie stände beispielsweise die Berliner Metallarbeiter schaft da, wenn sie vollzählig, das heißt zu etwa 95 Proz. organisiert, gewerkschaftlich durchgebildet und diszipliniert wäre!

Was dies bedeutete, das wissen die Unternehmer weit besser zu würdigen als die Unorganisierten, die zwar bei den Betriebsratwahlen zum großen Teil für die gewerkschaftliche Liste stimmen, ihrer Organisation aber nicht beitreten. Auch in Berlin gibt es noch eine ganze Reihe von Industriebetrieben, die alle Hebel in Bewegung setzen, um den Aufstieg der freigewerkschaftlichen Organisationen ihrer Arbeiter zu behindern. Der Verband Berliner Metallindustrieller steht mit dem Deutschen Metallarbeiterverband im Tarifvertragsverhältnis. Das hindert auch die größten der ihm angeschlossenen Betriebe keineswegs, die Winkelmaßweise der Gelben im „vaterländischen“ oder „völkischen“ Gewand zu begünstigen. „Teile und herrsche!“ ist auch heute noch die Losung der Nachhaber. So notwendig es aber auch ist, die eine oder andere Methode der Unternehmer zur Bekämpfung der Gewerkschaften gelegentlich an Beispielen aufzuzeigen und sie als unfair zu kritisieren, so wäre es doch kindisch, darüber zu klagen.

Die Gewerkschaften sind im Kampfe gegen all die Widerstände, die ihnen das Unternehmertum mit Hilfe der Regierungen und der Organe der Justiz bereitet, groß und stark geworden. Allein sie sind offenbar noch immer nicht stark genug, um den Unternehmern die Ueberzeugung beizubringen, daß Scharfmachermethoden nicht mehr am Platze sind.

Mit der Mitgliederwerbung in den Berliner Gewerkschaften geht Hand in Hand die Mitglieder schulung. Die verschiedensten Bildungseinrichtungen, die insbesondere für die Arbeiter- und Angestelltenjugend geschaffen sind, haben einen hohen Grad erreicht. Ihnen ist vor allem eine noch regere Anteilnahme zu wünschen. Auf diesem Gebiete stehen den Gewerkschaften noch ungemein große Aufgaben bevor. Entschieden hier auch weniger die Quantität, so kommt es auch hier mit auf die Masse an, um die erforderlichen Mittel für die Unterhaltung und den weiteren Ausbau unserer Bildungseinrichtungen herbeizuschaffen. Die großen leistungsfähigeren Gewerkschaften werden am Sonntag auch zeigen, was sie in den letzten und ganz besonders im letzten Jahre zur Unterstützung ihrer Mitglieder in den verschiedensten Formen getan haben. Die radikal sein wollenden Einwände gegen das Unterstützungswesen sind an der Notwendigkeit abgeprallt, den Mitgliedern in den wirtschaftlichen Nöten der Erwerbslosigkeit beizuhelfen, um ihnen das Rückgrat zu stärken, sie davor zu bewahren, aus Not zum Lohnbrüder und zum Arbeitszeitverlängerer zu werden. Unsere Verbände prohen nicht mit ihren Leistungen. Sie können



jedoch stolz darauf sein und sich damit sehen lassen. Sie müssen es tun, um den Unorganisierten wie auch der Öffentlichkeit den kulturellen Wert der gewerkschaftlichen Organisation zum Greifen deutlich zu machen.

Ihrer Feinde kann die freie Gewerkschaftsbewegung sich heute erwehren, doch ihre „Freunde“ machen es ihr schwer. Kaum war der Plan des Gewerkschaftstages bekannt, als in der KPD-Zentrale die Parolen geschmiedet wurden, um der Veranstaltung den kommunistischen Parteistempel aufzudrücken. Fünf engzellige Schreibmaschinenseiten im Folioformat umfaßt die Anweisung für die KPD-Beute, unter der Gewerkschaftsflagge kommunistische Agitation zu treiben. Vorab sollen die Gewerkschaftsmitglieder gegen die „reformistischen Bonzen“ scharfgemacht werden. Dem Unternehmertum und der Öffentlichkeit sollen die KPD-Anhänger zeigen, wie es mit der von ihnen gestörten „Einheitsfront“ in Berlin bestellt ist. Sowohl die Ausgeschlossenen wie die Unorganisierten werden aufgefordert, sich bei der Propagandakombi- gebung den Gewerkschaften an die Rockschöße zu hängen. „Durch politisches Auftreten unserer Genossen am Tage des Gewerkschaftsfestes“ und „gute Auswertung“ desselben hofft die kommunistische Partei, ihren „oppositi- onellen“ Einfluß in den Gewerkschaften erneut zu verstärken. Diese Partei späht nach jeder Gelegenheit, um den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen, ihnen ihre Parteiparolen aufzuzwingen. Das erschwert unsere Werbearbeit, wird sie aber nicht hindern. Man kann auch hier nur sagen: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Die schlimmste Periode der Arbeitslosigkeit ist über- wunden und schon macht sich eine erfreuliche Mitgliederzu- nahme in den Gewerkschaften bemerkbar. Und so wird auch die Kundgebung am Sonntag mit Aufschwung der Berliner Gewerkschaften ein gutes Teil beitragen.

## Internationale Pressekonferenz. Eröffnung in Genf.

Genf, 24. August.

Am Reformationsjahr, der bisher mit einer einzigen Ausnahme, derjenigen der Weltwirtschaftskonferenz, den Völkerbundsversamm- lungen vorbehalten blieb, ist heute vormittag 11.30 Uhr die vom Völkerbund unter dem Vorsitz des englischen Zeitungverlegers Lord Burnham zusammengetretene internationale Pressekonferenz unter dem Vorsitz des englischen Zeitungverlegers Lord Burnham zusammengetreten. Die Konferenz ist nach verschiede- nen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Entsprechend der Struktur der vorangegangenen drei vorbereitenden Konferenzen sind die Tele- graphenagenturen, die Berufsjournalisten, die Pressereferats der Regierungen und, ohne besondere Vertonen- renz und deshalb in großer Anzahl, die Zeitungsoverleger vertreten. Die Zusammensetzung innerhalb der Konferenz, die gegen 130 Teil- nehmer zählt, erfolgt nach Ländern, und zwar sind 40 Staaten vertreten, darunter verschiedene Nichtmitglieder des Völkerbundes, wie die Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und die Türkei. Daneben nehmen Vertreter der internationalen Jour- nalistensorganisationen, Föderation Internationale des Journalisme und Union de l'Association de la Presse und der Verband der beim Völkerbund beglaubigten Journalisten sowie besonders berufene Experten des Zeitungs- und Zeitschriftenhandels usw. teil.

Die Eröffnungsansprache von Lord Burnham unter- streicht die Bedeutung der Konferenz als der ersten derartigen Veran- staltung des Völkerbundes und als eine außerordentliche Gelegenheit, die für das gesamte Gebiet der Presse wichtigen Probleme der Tages- ordnung, wie Erleichterungen für das Nachrichten- wesen, internationale Erschließungen für den berufstätigen Journalisten, Schutz der Pressenachrichten usw. mit den allgemeinen verständigungswürdigen Aufgaben des Völkerbundes in Einklang zu bringen.

Der Abschluß eines neuen südlich-französischen Freund- schaftsvertrages steht kurz vor dem Abschluß. Ausgabe des Vertrages soll die Befriedung des Balkans und Mitteleuropas sein.

## Braune Farbe . . .

Von Todor.

Es gibt ein einfaches Rezept, seinen Mitmenschen eine Freude zu bereiten. Es kostet dabei nichts und verpflichtet zu nichts. Man legt zu ihnen: „Sie sind aber braun gebrannt!“ . . . oder: „Sie sehen ja wie ein Mohr aus!“ . . . oder etwas Ähnliches, das die Fest- stellung einer gebräunten Haut enthält. In der Mehrzahl aller Fälle werden die Mitmenschen verbindlich lächeln, ob der Schmeichelei ein wenig beschämt sein und dann eine Deutung des Phänomens ihrer Bräunung geben, die etwa anfängt: „Ja, wir waren doch jetzt ein paar Wochen an der See.“

An der See . . . Das kann jeder sagen, da könnte jeder daher- kommen. Aber da hat die ewige Natur in ihrer Allweisheit erfreu- licherweise schon dafür gesorgt, daß nicht das Unausdenkbare geschieht und Obersekreitars etwa in den Geruch der Vorpiegelung falscher Tatsachen kommen.

Sie hat eben die Bräune erschaffen. Und die Bräune weist end- gültig aus, ob sich jemand die See hat leisten können, und je intensiver die Bräune ist, um so länger muß er sich einer vornehmen Erholung haben hingeben können.

Aber es ist nicht nur vom finanziellen, sondern auch vom rein physischen Standpunkt nicht so ganz einfach, sich die Bräune zu verschaffen, diesen wahrhaft dokumentarischen Nachweis fern von der Heimat verlebter Wochen. Sie will erarbeitet, sie will ertrugt sein. Da sieht man, nach getaner Reise, die Beute so ungewungen daher- gehen mit ihrer braunen Gesichtsfarbe und sie nehmen sich so an- genehm erötisch aus. Fast hat es den Anschein, als sei die Bräune eine selbstverständliche, unvermeidliche Begleiterscheinung der See- sonne. O, es ist den Herrschaften nichts geschenkt worden. Sie haben eine anstrengende und oft widerwillig erfüllte Liegekur in der Sonne hinter sich. Häufig haben sie auch das Stadium der Rötung, das des Sonnenbrandes, das der Abschälung ihrer verbräunten Haut durch- laufen. Bedärftige wissen sogar von Fällen zu erzählen, wo allzu eifrige Bräunungs-Fanatiker ihren Kampf gegen den blauen Teint mit dem Leben bezahlten.

Man hat das in Kauf genommen. Man hat den schönen Sieg über sich selbst errungen. Es hätte ein Preis gewinkt, der alle Qualen und alle Unbequemlichkeiten aufwog: Die Bewunderung des Be- kannteskreises daheim: „Sie sind aber braun gebrannt!“ . . . „Sie sehen ja wie ein Mohr aus.“ . . .

Die Bräune hält nicht lange. Im Berlin steht zu lesen, daß wir Bewohner Deutschlands der kaukasischen Rasse angehören und daß diese auch die Bezeichnung „Weiße Rasse“ führt. Es ist auf die Dauer gegen den Fruch dieser Weisheit nichts zu machen. Nach drei oder vier Wochen des Berufslebens im alten Trakt hat sogar eine Bedüne, die man sich auf Wortum oder in Banja hat einbrennen lassen, wieder dem gewöhnlichen Hell des angeborenen Teints Nahe-

## Recht — nicht Gewalt!

Gewalt und Amerikahetze können die Toten nicht wieder lebendig machen.

Die Bewegung, die Sacco und Vanzetti aus den Händen der Bostoner Justizmörder befreien wollte, hat leider ihr Ziel nicht erreicht. Es mag sein, daß dieses Ziel auch dann nicht erreicht worden wäre, wenn es möglich gewesen wäre, im Verlauf der Bewegung Dinge zu vermeiden, die eher ge- eignet waren, der guten Sache zu schaden als zu nützen. Heute, wo das negative Ergebnis feststeht, kann aber über solche Fehler ganz offen gesprochen werden.

So wird nur eine Stimme darüber herrschen, daß die Sprengstoffattentate, die in einzelnen Teilen der Welt vorgekommen sind und die — mit Recht oder Unrecht — mit der Bewegung in Verbindung gebracht wurden, ganz sinnlose Taten waren, die die schärfste Verurteilung verdienen. In Basel z. B. fiel ein armer gewerkschaftlich organisierter Bahnbeamter einem solchen Streich zum Opfer. Ähnlich ist es an anderen Orten gewesen. Unschuldige Men- schen wurden getötet und verletzt. Die psychologische Wirkung dieser Taten kam aber nur den Justizverbrechern zugute, die nun behaupten konnten, sie ständen einer gefährlichen anarch- istischen Bewegung gegenüber, vor der sie nicht zurück- weichen dürften.

Nicht minder schädlich war es, wenn die Bewegung stellen- weise einen Amerika feindlichen Charakter an- nahm. Es ist unsinnig, die Bürger der Vereinigten Staaten, die zu uns nach Europa herüberkommen, für das Justizver- brechen von Boston verantwortlich zu machen. Ein sehr großer Teil des amerikanischen Volkes, man darf glauben die Mehrheit, lehnte sich gegen dieses Verbrechen ebenso entrüstet auf wie wir. Wenn man wegen dieses Verbrechens alles, was amerikanisch ist, verfehmt, dann drängt man alle Amerikaner in eine gemeinsame Verteidigungslinie mit den Justizverbrechern.

Auch das starke Vordringen der Kommunisten hat der Bewegung geschadet. Die unbedingten Beherrlicher der Tscheka können nun einmal nicht ganz echt wirken, wenn sie als Verteidiger des verletzten Rechts und der geschändeten Menschlichkeit auftreten. Dazu weiß die Welt über das, was in Rußland vorgeht, zuviel.

Amerikanische Justizverbrechen kann man wirksam nur be- kämpfen im Bunde mit allen gerecht denkenden Ameri- kanern und in Formen, die einer großen Sache würdig sind. Wären Gewalttätigkeiten schon von Uebel, als die beiden Opfer des Bostoner Justizmordes noch am Leben wären, so werden sie jetzt, da wir vor der Tatsache der voll- zogenen Hinrichtung stehen, erst recht zur vollendeten Sinnlosigkeit. Sacco und Vanzetti haben nichts da- von, wenn Opfer von Straßenkämpfen ihnen in den Tod nach- geschickt werden, und die Sache, um die es geht, leidet dar- unter nur Schaden.

Die Einsicht, daß der Bostoner Justizmord in engem Zu- sammenhang steht mit dem kapitalistischen Wirt- schaftssystem, legt so klar, daß sich auch bürgerliche Politiker ihr nicht verschließen können. Spricht doch auch Th. Wolff in einem sehr eindrucksvollen Aufsatz des „Berl. Tagebl.“ von „der eiskalten Selbstsucht und dem niedrigen Rachebedürfnis eines Geldsackpöbels“, der sich in der Justiz seine Schutzgarde geschaffen habe. Es ist zweifellos logisch, wenn man den Kampf gegen die Klassenjustiz mit dem Kampf gegen das kapitalistische System überhaupt in engste Verbindung bringt. Aber dieser Kampf gegen das kapitalisti- sche System wird durch die konstant andrängende Macht der Arbeiterbewegung, durch ihre geistige und organisa- torische Leistung entschieden werden und nicht durch Ausbrüche des Massentemperaments, die sich an einem einzel- nen aufregenden Ereignis entzünden.

Die Bewegung, die aus den Fall Sacco-Vanzetti ent- standen ist, wird nicht zur Ruhe kommen. Sie wird als eine geistige Bewegung im Sinne des Sozialismus weiter-

gemacht. Aber das ist ja schließlich eine Zeit, in der man auch mit der Kunde durch einen ausgedehnten Bekanntheitkreis fertig geworden sein kann.

## Bülow auf dem Bauche.

(Ein Bänkellied.)

Seufzend greif ich — mir wird schwül, oh! —  
In die nationale Bauche.  
Nächtlich schleicht ein Herr von Bülow  
Uebem Strand hin auf dem Bauche.

Was ist in den Kopf gestiegen  
Diesem kutschen Edelboiden?  
Ach, er sah im Wind sich wiegen  
Eine Flagge schwarz-rot-golden.

In der Ludendorffischen Stellung  
Spöht der mutige Stratege,  
Ob bei schwindender Erhellung  
Etwas sich am Strande regte.

Da er aber nichts bemerkt,  
Kraucht er weiter, frisch und munter.  
Sichtlich ist sein Mut gestärkt:  
Seht, er reißt die Flagge runter!

Woh, — ein Wächter naht sich strengel!  
Plötzlich will es mir erscheinen:  
Bülow wächst um Manneslänge —  
Zählings ist er auf den Beinen!

Springt behende wie ein Wiesel,  
Läuft wie Pelzer fast, der Redel!  
Doch er stolpert über Kiesel,  
Und man bringt ihn, ach, zur Strede.

Als sie dies Herrn Keudell melden,  
Zog sich gramvoll sein Gesicht:  
„Nur in Freiheit wachsen Helden.  
Wer im Amt ist, tut das nicht!“

Rich. von Lindenbuden.

Das Winterprogramm der Berliner Philharmonischen Konzerte. Für die Philharmonischen Konzerte, die in Berlin im kommenden Winter unter Leitung von Dr. Wilhelm Furtwängler stattfinden, sind u. a. als Solisten gewonnen: Adolf Busch, Edwin Fischer, Gies- ling, Huberman, Leovig, die Wandowska und die Negun. Für die Programme sind, neben den symphonischen Standardwerken von Beethoven, Mozart, Haydn, Bruckner, Brahms usw. eine Reihe

zuführen sein unter Vermeidung begangener Fehler und überflüssiger Opfer. Eben darum sind die Kommunisten nicht die zu ihrer Weiterführung Berufenen.

## Kommunistische Lohnabzüge.

Wegen Proteststreiks für Sacco und Vanzetti!

Die „Fahne des Kommunismus“, das Organ der Urbahn-Ruth- Fischer-Gruppe, berichtet:

Die KPD. hatte in Hamburg zu einem Proteststreik für Sacco und Vanzetti aufgerufen. An ihm beteiligten sich auch die Hase- arbeiter, die für den Stauereibetrieb Walter, einem Partei- betrieb, die Verladung dreier russischer Schiffe vorzunehmen hatten. Dafür zog ihnen das Parteiunternehmen 2 1/2 und 3 Stundenlöhne für unentschuldigtes Fehlen vom Lohn ab.

## Hotelvereinigung und Verfassungstag.

Man bittet, sich zu erinnern.

Die deutschnationale Presse regt sich über den Beschluß des Magistrats auf, Berliner Hotels nicht mehr zu besuchen, die die Reichsflagge hochhalten. Man redet von Berge- waltung, von ungeheuerlichem Bonkot, man feignet politische Absichten der Hotelbesitzer. Dreißigtig, gepaart mit kurzem Gedächtnis. Wir wollen das Gedächtnis der Herrschaften auffrischen.

Der Verein Berliner Hotel- und verwandter Betriebe e. V. hat unter dem 30. Juli 1924 ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen, in dem es unter Punkt 7 u. a. heißt:

„. . . Sehr wichtig! Betrifft Stellungnahme des Ge- werbes gegenüber Behörden, insbesondere dem Magistrat. Der Stand hat aber noch weniger Veranlassung, trotz der Behand- lung dauernd auf Wünsche und Anregungen von Behörden und vom Magistrat einzugehen. Bekanntlich haben diese Stellen dauernd Wünsche auf Unterstützung irgendwelcher Veranstaltungen, auf Flaggen an gewissen Tagen, auf Unterbringung abge- bauter Beamten und dergleichen. Wir erhalten täglich Anregungen seitens gerade unserer hervorragendsten Mitglieder, die darauf ab- zielen, eine einheitliche Stellung im Verein gegenüber den Wünschen des Magistrats einzunehmen. Wir machen diese Auffassung zu unserer eigenen und erziehen unsere Mitglieder ergebend, alle Wünsche und Anträge von Behörden, insbeson- dere des Magistrats Berlin, rundweg abzulehnen

und demgemäß auch am sogenannten Verfassungstage oder an anderen Tagen nicht zu flaggen.

Die Verfassung, in der sich das deutsche Unternehmertum und be- sonders das Hotel- und Restaurationsgewerbe dank beamtetem Un- verständnis und behördlicher Mißgriffe befindet, ist nicht geeignet, uns zu veranlassen, irgendwelchen Tag festlich zu begehen und dies durch Flaggen zu bekunden. Gerade als Zeichen der Abwehr und des Bedauerns gegenüber den Behörden sollten unsere Betriebe an diesem Tage und an anderen Tagen ohne festlichen Schmuck bleiben.“

Gegenüber der Unverschämtheit, mit der hier vom „soge- nannten“ Verfassungstag gesprochen wird und gegenüber der feindseligen Haltung zum Magistrat, war der Beschluß des Magistrats ein Gebot der Selbstachtung.

## Das kurze Gedächtnis.

Der Verband der Hotels läßt durch die B. S.-Korrespondenz folgendes verbreiten:

„Der Verband der Berliner Hotels will zu der ganzen Ange- legenheit erst im kommenden Monat Stellung nehmen und auch nur dann, wenn sich die ihm angeschlossenen Mitglieder in dieser Angelegenheit an den Vorstand wenden sollten. Vorläufig betrachtet man die ganze Affäre als einen Privatstreit zwischen dem Magistrat und den betroffenen Hotels.“

Privatstreit — auf einmal! Wollen die Herrschaften sich ge- fälligst an ihren Beschluß aus dem Jahre 1924 erinnern!

älterer, zum Teil unbekannter Werke von Händel, Locatelli, C. Th. A. Hoffmann in Aussicht genommen. Ferner Strawinskys „Petrushta“ in der Konzeption und von Richard Strauß „Mo- sprach Zarathustra“ und „Tod und Verklärung“. An Erstauf- führungen für Berlin sind u. a. geplant eine Suite von Prokofjew, „Daphnis und Chloë“ von Ravel; ein Orgelkonzert von Walter Braunfels, Tod „Komödie“, eine Phantasie von Vaughan Williams.

Der blamierte Europäer. Als im Jahre 1897 der britische Abenteu- rer Hamelson in Transvaal einbrach, um das Land mit seinen Goldminen durch sich verwegenen Handstreich rasch in die Gewalt Englands zu bringen, da wurde er bei Krügersdorp von den Buren vollkommen geschlagen. Der Kaiser gratulierte dem Präsi- denten Dm Krüger zu diesem Erfolge, und darüber war die britische Presse sehr entrüstet.

Als dann der Burenkrieg ausbrach, stellte sich plötzlich der Er- Kaiser auf die Seite der Engländer. Ja, es hieß sogar, daß er durch den deutschen Generalstab einen Offensivplan zur Benutzung für die britischen Truppen ausarbeiten ließ.

Nach dem Fall von Pretoria und Johannesburg wurde dann dem englischen Oberkommandierenden, Lord Roberts, der Schwarze Adlerorden verliehen. Damals brachte der „Kladderadatsch“ nur den amtlichen Wortlaut dieser Ordensverleihung und druckte darunter eine Bibelstelle. Eifrig wurde überall von den Lesern die Bibel nachgeschläfert, und da fand man: „Wo ein Koss ist, da sammeln sich die Adler!“ Die betreffende Nummer des Blattes aber wurde beschlagnahmt.

Das war der „Kladderadatsch“ vor dem Krieg. Und heute kann er sich nicht genug tun für „Verhimmelung“ des Kaisers!

Bernard Shaw zum Schweigen verurteilt. Die literarischen Kreise Londons erzählen sich eine anisante Geschichte über die Ver- urteilung Bernard Shaws als Sachverständiger in Jenjurfragen. Die Untersuchungskommission für die Neuordnung der Theaterzinsen hatte auch Shaw zu einem Gutachten aufgefordert, das er wie üblich vor der Kommission vorlas und dann schriftlich niederlegte. Auf den nächsten Tag wurde er, ebenfalls wie üblich, zu einer anschließenden kontradiktorischen Verhandlung geladen. Als er erschien, er- klärte der Kommissionsvorsitzende sehr höflich, man habe beschlossen, seine Zeit nicht weiter in Anspruch zu nehmen. Dilemm Beschluß soll eine Disziplin vorangegangen sein, bei der die meisten Kom- missionsmitglieder ihre Belorgnis aussprachen. Shaw, der winiger sei als sie alle, werde die ganze Sitzung in Gelächter ausbrechen lassen und damit der Würde des Unterhauses einen unheilbaren Stoß ver- setzen.

Wolfgang Keller wurde auch für die Spielzeit 1927/28 der Volksbühne als Kapellmeister und Hauptkomponist verpflichtet.

Verpflichtung deutscher Künstler nach Rußland. Die deutschen Dirigenten Otto Klemperer und Bruno Walter und die Pianisten Petri und Busch sind erlitten von dem Staatlichen Konzertbureau der russischen Philharmonie die offizielle Einladung, in Moskau zu konzertieren.

Der Zoologe Juveries, der durch seine vogelkundlichen Arbeiten bekannt wurde, ist bei Thaca (Vereinigte Staaten) von einem Juge überfahren und getötet worden.



# Ehrhardt-Hohenlohe und die Reichswehr.

Ehrhardt heiratet.

Man schreibt uns:

Die tiefgehende Wirkung der letzten Reichswehrskandale (Wohmann-Jenker-Filmgeschichte) hat Dr. Gehler — mit einigem Geschick — abzudecken versucht durch die Konzeption des bekannten Flaggenerlasses und durch die lächerliche Schadenersatzforderung gegen den Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt. Auffällig freilich ist die sehr verspätete Geltendmachung der Ansprüche. Konnte man die Ansprüche nicht früher geltend machen, weil Ehrhardt und seine Organisation Consul lange nach dem Kapp-Putsch vor und nach seiner bekannten Verhaftung noch in enger Zusammenarbeit mit Reichswehrdienststellen gestanden hat, oder ist das Ganze, mit stillschweigender Zustimmung der Rechten, die wir ja auch beim Flaggenerlass trotz gegenteiliger Versicherungen voraussehen müssen, nur Taktik?

Zweiterlei spricht für letztere Annahme. Das Reichswehrministerium ist in seinem Etat um die bekannten 6,5 Millionen Kapp-Putsch-Kosten bis jetzt geprellt. Es hat bis heute diese Summe aus seinen Mitteln verausgabt. Rückerstattung durch das Reichsfinanzministerium ist bis heute nicht erfolgt. An eine Rückerstattungsaktion war bisher nicht zu denken — mit und ohne Projektiertel gegen Ehrhardt nicht. Daran ist erst im jetzigen Koalitionministerium zu denken, wenigstens kein Finanzminister gern darangehen würde, ein Dr. Köhler insbesondere nicht. Dem Finanzminister müßte zumindest ein richterliches Erkenntnis entgegengehalten werden können. Nach dem Herzen der Deutschnationalen und maßgebenden Reichswehroffiziere müßte dieses Erkenntnis etwa so lauten: Regressansprüche gegen Ehrhardt werden abgewiesen, weil durch Amnestie miterleidet, dagegen sind die Gesamtkosten zu überwältigen gewesen auf den Staat, nicht auf das Einzelverfehlen. Eine richterliche Bemerkung, die irgendwie nach dieser Richtung ginge, müßte mit rabulistischer Kunst dem Urteil irgendwie eingeschoben werden. Alsdann vermüßte das Reichswehrministerium dem Reichsfinanzminister die 6,5 Millionen Mark abzuschlagen. Denn auf diese 6,5 Millionen, die der Reichsfinanzminister bis dato aus seiner Schatzkammer nicht herausnehmen will, kommt es den maßgebenden Reichswehroffizieren an, nachdem ihrer Meinung nach heute schon der Reichswehretat so grausam verkürzt worden ist. Die Kosten würden also mit oder ohne die (an sich auf keinen Fall zu verachtenden 18 000 Mark des Kapitänleutnants a. D. Ehrhardt) der Steuerzahler zu tragen haben. Neuestensfalls müßte der Reichsfinanzminister, um mit den 6,5 Millionen herauszurücken zu können, andere bedürftigere und kulturell wichtigere Staats um diesen Betrag verkürzen. Nicht also so sehr darauf wird der republikanische, insbesondere sozialdemokratische Staatspolitiker achtzugeben haben, ob der Kapitänleutnant Ehrhardt der 18 000 Mark zugunsten der Steuerzahler verlustig geht, sondern darauf vielmehr, was im Falle eines im Sinne des Justizars des Reichswehrministeriums durchgeführten Prinzipienprozesses zwischen Reichswehrministerium und Reichsfinanzministerium verhandelt werden wird, ob es wirklich dazu kommt, daß noch weitere Millionen in den Reichswehretat fließen, und was gegebenenfalls mit diesen Millionen geschehen soll.

Dem Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt würde der Verlust der 18 000 Mark nicht wehe tun. Seit einigen Tagen nicht mehr! Das wissen die Ratgeber Dr. Gehlers natürlich ganz genau. Denn der Herr Ehrhardt feiert gerade seinen Honigmonat. Und wenn der Zauber eines solchen Bonnemoments auch verfliehet, die sehr großen Mittel, die sich der Putschist erheiratet hat, bleiben ihm. Ehrhardt hat in diesen Tagen in aller Stille, nachdem die Scheidung von seiner Frau durchgeführt war, die Prinzessin Hohenlohe geheiratet. Das (verhältnismäßig noch) junge Paar hat mit seiner Heirat ebenso lange warten müssen, wie merkwürdigerweise — Dr. Gehler mit seinem Regressprozess kontra Ehrhardt. Denn es stand eine sehr große Erbschaft für die Prinzessin auf dem Spiele, in deren Genuss sie wohl nie gekommen wäre, wenn sie (bisher ein strenge Katholikin) vor dem Hinscheiden des Erblassers in den Ehestand mit einem geschiedenen Manne getreten wäre. Selbstverständlich ist es (auch das weiß der Justiziar Dr. Gehler) ausgeschlossen, daß nun etwa das Reichswehrministerium mit seinen Regressansprüchen auch auf den erheiraten Besitz Ehrhardt-Hohenlohe greifen wird. Für solche Fälle kennt die kapitalistische Jurisprudenz für Jud und Christ das selbstverständliche Mittel der „Gütertrennung“. Die Gläubiger der Ehefrau, Buchhalter und Bankrotteure werden erst dann aussterben und Dr. Gehler, genauer der Steuerzahler, erst dann zu seinem Gelde kommen, wenn (vielleicht mit einer durch Dr. Gehler bzw. seines Justizars Initiative auszulösenden diesbezüglicher „lex Ehrhardt“) dieses Hintertürchen der „Gütertrennung“ verschlossen ist. Den einzigen Vorteil von der Ehrhardt-Heirat haben also nur die Wittlingen und Stahlhelmsleute, die jetzt mit Fug und Recht von ihrem Herrn und Meister verlangen können, daß er nunmehr (auch ohne schwerindustriellen Zuspruch) mit saftigeren Zuwendungen herausrücke.

## Zagul Pascha tot.

Der Kämpfer für Ägyptens Unabhängigkeit.

London, 24. August. (Eigenbericht.)

Der Führer der ägyptischen Nationalpartei, Zagul Pascha, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 70 Jahren gestorben. Er war lange Jahre der erbitterteste Feind Englands, bis er sich in letzter Zeit zu Kompromissen mit der Regierung des Weltreichs bereitgefunden hat.

## Die Todesstrafe in Italien.

Vom „aufbauenden“ Faschismus eingeführt.

Rom, 24. August.

„Tribuna“ gibt eine gedrängte Uebersicht über das neue vom Justizminister Rocco verfaßte Strafgesetzbuch, das vor allem die neuen Befehle zur Verteidigung des Staates aufgenommen hat, die für Attentate auf das Herrscherhaus und den Premierminister sowie für alle diejenigen, die den Staat oder einen Teil desselben in die Abhängigkeit einer fremden Macht bringen wollen, die Todesstrafe einführen. Auch leitende Persönlichkeiten des Heeres, die die Waffe gegen Italien erheben, erleiden dieselbe Strafe. Strafen ein ein bis fünf Jahren Gefängnis sind für alle diejenigen vorgesehen, die aufrührerischen Verbänden angehören oder entsprechende Propaganda treiben oder unerlaubte internationale Verbände begründen. Neu sind die Verfügungen zur Bewahrung der Moral. Mit Gefängnis bis zu 3 Jahren werden homosexuelle Beziehungen bestraft, bis zu einem Jahr jede malthusianische Propaganda.

In einer christlichen Kirche in Peking verhaftete die chinesische Polizei 22 anachetische Spione des Generals Feng-pu-tang. Chinesische Zeitungen berichten, daß in der Kirche Revolver und andere Waffen entdeckt worden seien.

# New York - London - Berlin.

Der „Kronprinz von Kurdistan“ auf Reisen.

Wenigstens der Polizeidienst kennt keine Landesgrenzen. Es ist z. B. nicht mehr so leicht, sich in Belgrad zu verbergen, wenn man in Berlin etwas ausgefallen hat. Das mußte ein egoistischer Hochstapler, der sich „Emir Mohammed Pascha al Raschid“ nannte, erfahren, als er in Belgrad festgenommen wurde.

Woll man nicht wußte, mit wem man es zu tun hatte, so wandte sich die Belgrader Kriminalpolizei auch an andere Behörden, um seine Person feststellen zu können. Der Erkennungsdienst der Berliner Kriminalpolizei entlarvte ihn jetzt als einen Schwindler, der im Jahre 1925 auch in Berlin auftrat und vorher schon die Behörden von New York und London beschäftigt hatte. In Berlin spielte damals der Hochstapler die Rolle eines Sohnes des Emirs von Kurdistan und ließ sich gern „Kronprinz von Kurdistan“ nennen. In einer goldstrotzenden Phantasiuniform und geschmückt mit einem großen türkischen Orden am Bande und zahlreichen aufgesteckten Ehrenzeichen verkehrte er besonders in den Vorhöfen der ersten Hotels, fand auch Eingang in die „besten“ Gesellschaftskreise und erregte überall Aufsehen. Wie er sagte, reiste er nicht zum Vergnügen, sondern um eine Film-Expedition nach seiner Heimat zustande zu bringen. Das diente ihm zum Vorwande, sich „Borschäfte“ auf das Unternehmen zu verschaffen. Der „Kronprinz“ wurde schließlich in einer Großbank festgenommen.

Die Ermittlungen der Abteilung 1 A und der Kriminalpolizei ergaben, daß der Verhaftete ein Schwindler war, der bereits im Jahre 1921 unter dem Namen „Major Domo“ mit einer angeblichen Prinzessin „Fatimah“ und als deren Bevollmächtigter in Washington aufgetreten war. Das Paar war auch für die amerikanische Gesellschaft eine Sensation. Bei der Abreise konnte es aber

keine Schulden nicht bezahlen, und so mußte „Fatimah“ einen riesigen „Brillanten“, den sie als Schmuck an einem Rasenring trug, zum Pfande lassen. Was dieser Ring wert war, ist hier nicht bekannt geworden. Der „Kronprinz“ trat in Berlin ein, der nach seiner Angabe mindestens 10 000 Pfund kosten sollte. Von „Fatimah“ hat man später nie wieder etwas gehört. Ihr „Bevollmächtigter“ tauchte im März 1923 als „Prinz von Kurdistan“ in London auf und mietete im Savoy-Hotel eine Zimmerstube für 200 M. den Tag, wartete aber vergeblich auf seinen „Sekretär“, der Geld bringen sollte. So mußte er bald ausziehen, siedelte nach dem Hyde-Park-Hotel über und betrieb sich hier ohne Erfolg auf den türkischen Botschafter. Nur einen Privatmann legte er mit 1000 M. hinein. Die englische Polizei stellte ihn jetzt als einen 28 Jahre alten Ägypter Said Mohammed Kafele, der den Tag über in Gastend bei Schneidern Hosen bügelte und sich abends in seiner pomphaften Uniform auf den Dienen der großen Hotels bestaunen ließ. Der Hochstapler wurde nach Verbüßung einer Strafe von 8 Monaten schweren Arbeiters ausgewiesen. Dieses Mißgeschick hinderte ihn aber keineswegs, seine Rolle weiterzuspielen.

In New York trat er als „außerordentlicher Gesandter von Kurdistan“ auf, machte wieder bedeutende Schulden und kam auf einige Monate nach Sing Sing. Im März 1924 wurde er in Liverpool groß empfangen, bald darauf aber wieder entlarvt und abgehoben. In Berlin verfuhr sich der Schwindler auch auf Schicks von nordamerikanischen Banken Geld zu verschaffen. Im März vorigen Jahres wurde er hier zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Man ließ sie ihn nicht ganz verbüßen, schickte ihn vielmehr schon vorher über die Grenze ab. Seinen Streichen bis zur Wiedererhaftung in Belgrad gehen jetzt die internationalen Kriminalbehörden weiter nach.

## Eine Liebestragödie.

Mordversuch und Selbstmord.

Ein schreckenerregender Vorfall spielte sich heute morgen kurz nach 8 Uhr auf der unteren Friedrichstraße ab. Eine 31 Jahre alte lautmännliche Angestellte Minna Volkner, die in der Liebigstraße 6 wohnt, war früher verlobt mit einem 40 Jahre alten Händler Gustav Teschke, dessen Wohnung unbekannt ist. Sie sah sich in ihren Hoffnungen getäuscht, hob die Verlobung auf und löste alle Beziehungen. Teschke aber war damit keineswegs zufrieden.

Er verfolgte vielmehr seine ehemalige Braut ständig mit neuen Liebesanträgen. Das wurde um so schlimmer, als das Mädchen sich neuerdings mit einem anderen verlobte. Seitdem kannte die Eifersucht des Verächters keine Grenzen mehr. Um seinen Nachstellungen zu entgehen, nahm sie einmal außerhalb Berlins eine Stellung an. Teschke fuhr ihr nach und belästigte sie fortgesetzt auch dort. So kehrte sie denn nach Berlin zurück und nahm hier wieder Stellung. Heute morgen ging sie mit ihrem Bräutigam, der sie abgeholt hatte, Arm in Arm durch die Friedrichstraße. Da begegnete ihr vor der ehemaligen Kaserne des 2. Garderegiments Teschke, vor dem man sie wegen seiner Gewalttätigkeit schon öfter gemarnt hatte. Bevor das Paar ausweichen konnte, stürzte er sich mit einem Rasiermesser in der Hand auf das Mädchen. Der Bräutigam versuchte, ihn abzuwehren, konnte aber nicht verhindern, daß er seiner Braut einen tiefen Schnitt in den Hals beibrachte. Während die Schwerverletzte zusammenbrach, ergriff der Händler unter Drohungen gegen den Bräutigam die Flucht und lief in die Ziegelstraße hinein. Schupbeamt des 3. Reviers, die den grausigen Vorgang gesehen hatten, ohne ihn verhindern zu können, verfolgten den Flüchtigen zu Fuß, mit Fahrrad und Motorrad und hielten ihn vor der Klinik in der Ziegelstraße ein. Als sie ihn packen wollten, schnitt er sich den Hals ab und brach tot zusammen. Das verletzte Mädchen wurde nach der Klinik gebracht und sofort operiert. Ob sie mit dem Leben davonkommen wird, ist sehr zweifelhaft. Die Leiche des Selbstmörders wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

## Walker bei Böß.

Der Besuch des New Yorker Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Walker von New York stiftete heute in Anwesenheit des Botschafters der Vereinigten Staaten von Nordamerika Schurman sowie der Kommissionäre Herrick, Mc. Cornia und Victor Fuller dem Oberbürgermeister Böß einen Besuch ab.

Die Unterhaltung wurde, nachdem der Oberbürgermeister Böß die Herren im Namen der Stadt Berlin willkommen geheißen hatte, teils deutsch, teils englisch geführt und währte etwa drei Viertelstunden. Oberbürgermeister Walker sprach den Wunsch aus, eine Reihe städtischer Einrichtungen kennen zu lernen und wird schon heute unter persönlicher Führung des Oberbürgermeisters das Rudolf-Birchow-Krankenhaus eingehend besichtigen. Besonderes Interesse haben die New Yorker Gäste auch an der starken Entwicklung des öffentlichen Berliner Parkwesens. Kommissionär Herrick wird ebenfalls heute noch eine Rundfahrt durch den neuen Volkspark und Sportplätze unter städtischer Führung unternehmen. Außerdem wollen die Amerikaner sich durch eigenen Augenschein unterrichten über die Zustände in den Wohnvierteln, in denen das Wohnungselend besonders sichtbar wird. Besonderes Interesse finden bei ihnen die Bestrebungen der Stadt auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Besonders interessant war auch die Mitteilung, daß in New York für Untergrundbahnbauten 300 Millionen Dollar und für Hospitälwerke 64 Millionen Dollar durch Anleihe bereitgestellt werden sollen. Die Stadt Berlin wird den New Yorker Gästen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Berlin städtische Kraftwagen zur Verfügung stellen.

## Um den Berliner Wohnungsbau!

Den dreigliedrigen Unterausschuß, der im Auftrage der Wohnungs- und Siedlungsdeputation die Finanzierungsbedingungen der beiden Bauformen, dem Haberland-Konzern und der Hohag, überprüfen soll, wird morgen weiteres Material überreicht. Die Bauformen haben nach Verhandlungen mit ihren Bankengruppen und amerikanischen Finanziers ihre Finanzierungsbedingungen noch einmal schriftlich festgelegt. Diese Unterlagen werden morgen dem Unterausschuß zugeleitet, der dann unverzüglich an die Prüfung des Materials herangehen wird. Alle Meldungen, nach denen schon Bebauungspläne ausgearbeitet werden, greifen den Dingen voraus. Es steht überhaupt noch nicht fest, ob die bezeichneten Gelände in Neufölln und Fürstendamm überhaupt bebaut werden. Das Gelände am Bahnhof Fürstendamm gehört zum größten Teile der Stadt Berlin. Durch die Befamntgabe, daß auf diesem Gelände ein Teil der 6000 Wohnungen errichtet werden sollen, haben einige Besitzer kleiner Grundstücke so hohe Forderungen gestellt, daß der Magistrat wahrscheinlich ein anderes Gelände zur Bebauung vorschlagen wird. Ueber die bestehenden Absichten wird zunächst Stillschweigen gewahrt. Die in einigen Zeitungen angegebenen Mietpreise sind tatsächlich als viel zu hoch angegeben. Richtig ist, daß der Magistrat zu den Wleiten Zuschüsse zahlen muß. Wie hoch diese Zuschüsse sein werden, ist noch unbekannt. Die Mietszuschüsse sind darum notwendig, um nicht auf den Mieter die ungeheuren Kosten der Amortisation abzuwälzen. Es darf nicht verkannt werden, daß

die Häuser in 27 Jahren in Besitz des Magistrats übergehen, während sonst erst nach 50, ja sogar 75 Jahren die Amortisation erfolgt.

## Nach Freiheit strebt doch jeder!

Warum er aus dem Zuchthaus flüchtete.

„Nach Freiheit strebt doch jeder Mensch, Herr Vorsitzender!“ Diese Worte eines Hauptangeklagten vor der Potsdamer Strafkammer können als Leitmotiv zu einer Verhandlung dienen, die einen merkwürdigen Ausgang nahm. Die Eingänge zum Potsdamer Strafkammerhof werden durch Schupo gesichert. Zwei Sträflinge wurden gefesselt in die Anklagebank gebracht. Als erster der 33jährige Chauviseur Hans Beck, der in der Montagnacht aus dem Potsdamer Berichtsgefängnis in der Lindenstraße ausgebrochen war. Im Gesicht die Spuren des Ausbruchs: ein blaues Auge und Schrammen.

D. verbüßt zurzeit eine Zuchthausstrafe von acht Jahren, ebenso der mitangeklagte 32jährige Reisende Wilhelm Becker aus Mühlhausen. Seit Jahren haben die beiden gemeinschaftliche Sache gemacht, Einbruchsdiebstähle und schwere Raubüberfälle. Beide sind im Besitz des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Kl., der preussischen und österreichischen Tapferkeitsmedaille. Heute sind die Angeklagten beschuldigt, in der Nacht zum 20. Mai 1921 in Brandenburg a. d. H. in zwei Geschäftshäuser eingebrochen und dort eine Schreibmaschine und photographische Artikel gestohlen zu haben. Ueber die Dächer waren die Einbrecher in die Vagerräume gelangt. Nach 6 Jahren „verpufft“ der Angeklagte Beck Einbrecher, um dem Becker eins auszuwichen. Jeder der Angeklagten erhielt seinerzeit vom Brandenburger Schöffengericht wegen schweren Diebstahls ein Jahr drei Monate Zuchthaus. Gegen das Urteil legten die Angeklagten Berufung ein. Heute zog Beck seine Berufung zurück. Als der Vorsitzende Beck danach fragte, warum er Romagnacht aus dem Potsdamer Gefängnis ausgebrochen sei, sagte dieser: „Aber das ist doch von menschlichen Standpunkt aus zu verstehen. Nach Freiheit strebt doch jeder Mensch, Herr Vorsitzender.“ Da nun das Urteil gegen ihn rechtskräftig geworden war, wurde er als Zeuge gegen seinen Kumpanen Becker vernommen, der die Brandenburger Einbrüche horridisch bestritt. Und was geschähe? Beck nimmt die Brandenburger Diebstähle allein auf sich, er will den Mitangeklagten B. zu Unrecht und wissenlich falsch beschuldigt haben. Daraushin wurde Becker auf Saatskosten freigesprochen.

## Schwerer Sturz auf der Radrennbahn.

Arsfeld, 24. August. (Eigenbericht.)

Bei den Dauerrennen auf der Arsfelder Holzbahn kam es gestern zu einem schweren Sturz. Am zweiten Lauf des Hauptrennens streifte der Schrittmacher Hehlich mit der Fuhraste die Bahn. Der an der Rolle liegende Säuppi stürzte mit seinem Schrittmacher in den Innenraum. Die Maschine überschlug sich am Auslauf der Kurve. Der dichtauf folgende Schrittmacher Krüger fuhr auf die sich überschlagende Maschine und flog ebenfalls mit großem Bogen in den Innenraum. Krüger erlitt eine Schulterverletzung, Hehlich eine Gehirnerschütterung. Beide mußten von der Bahn getragen werden.

Die üble Anstöße des Auffspringens hat gestern nacht am Tiefwerder Weg zu Spandau wieder ein Opfer gefordert. Der 46jährige Werkzeugmacher Rag W. aus Tiesmerdeer glitt beim Auffspringen auf einen Triebwagen der Linie 154 aus und geriet unter die Räder des Anhängers. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren. Die alarmierte Feuerwehr besetzte W. aus seiner entsetzlichen Lage und sorgte für seine Ueberführung in das Städtische Krankenhaus Spandau. Das Befinden des Verunglückten ist nahezu hoffnungslos.

Zahpreisermäßigung zur Ostmesse in Lemberg. Das polnische Generalkonsulat teilt mit, daß in der Zeit vom 4. bis 15. September d. J. die 7. Internationale Ostmesse in Lemberg (Polen) stattfinden wird. Nähere Auskünfte über die Messe erteilt unentgeltlich die Handelsabteilung des Generalkonsulats, bei der auch Messebauereintrittskarten zum Preise von 5 M. erhältlich sind. Inhaber von Messekarten haben ein Anrecht auf ein ermäßigtes Vikum für die Ein- und Ausreise nach Polen für die Zeitdauer der Messe. Besuchern der Messe gewährt die polnische Staatsbahn eine Fahrpreisermäßigung, und zwar wird diese bereits durchgeführt, daß auf der Rückreise von Lemberg bis zur Landesgrenze gegen Vorzeigung der durch die Messeleistung abgeleiteten Messekarte für eine Fahrkarte 1. Klasse die Hälfte des Fahrpreises 2. Klasse, für eine Fahrkarte 2. Klasse die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse und für die Fahrkarte 3. Klasse die Hälfte des Fahrpreises 4. Klasse erhoben wird. Bei Schnellzugbenutzung ist der volle Schnellzugzuschlag zu entrichten. Die erwähnten Bergünstigungen gelten für die Zeit vom 4. bis 20. September d. J. einschließlich.

Republikanertag in Neufölln. Das Reichsbanner Neufölln veranstaltet am Sonnabend im „Orpheum“, Hafenside, einen Republikanertag. Da sehr viele Kameraden von auswärts erwartet werden, fehlen noch Quartiere. Meldungen sind abzugeben an Bachel, Neuterstr. 50, und Büttke, Kaiser-Friedrich-Str. 73.

Mutterkürsurte. Der für den 15. September festgesetzte Mutterkürsurte im Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus, Charlottenburg, Franzstr. 3, beginnt ausnahmsweise schon am Donnerstag, dem 1. September, nachmittags um 3 Uhr.



# Vorher und nachher.

## Kommunistische Aktionen.

Die Politik der Kommunisten ist so ausschließlich auf den Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eingestellt, daß nichts auf der weiten Welt passieren kann, ohne daß die Kommunisten den „Nachweis“ zu erbringen versuchen, daß die Amsterdamer Gewerkschaften bzw. die Sozialdemokratie dahinter stecken.

Trotz einer beispiellosen Protestbewegung der ganzen zivilisierten Welt, eine Protestbewegung, bei der die Kommunisten nur eine kleine, wenn auch lärmende Minderheit bilden, sind die beiden italienischen Anarchisten Sacco und Banzetti von der amerikanischen Justiz hingerichtet worden.

Das ist für die „Rote Fahne“ wiederum der Anlaß, um den Gewerkschaften und dem „Vorwärts“ die Schuld an der Hinrichtung zuzuschreiben. Dabei behauptet das Blatt mit der ihm traditionellen Ungeniertheit, daß die sogenannte Rote Gewerkschaftsinternationale allerlei revolutionäre Parolen zur Erzwingung der Freilassung der Ermordeten ausgegeben, der IGB es aber abgelehnt habe, einen „Weltproteststreik“ zu organisieren.

Nun haben wir wohl von Protestkundgebungen und Proteststreiks in allen westlichen Ländern, deren Gewerkschaften dem IGB angegeschlossen sind, in Mexiko und in Argentinien gehört (gleichfalls dem IGB angegeschlossen), wir haben aber bislang noch nichts gehört von den Proteststreiks der russischen Arbeiter, so wenig wie wir gehört haben von einer Parole eines „Weltproteststreiks“ der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale. Nach den Behauptungen der Losowski und Konforten umfaßt die sogenannte Rote Gewerkschaftsinternationale mehr Mitglieder als der IGB. Und da dort die Organisation von oben nach unten geht und Parolen aus Moskau bei Gefahr des Hinauswurfs unbedingt befolgt werden müssen, wäre es also dieser IGB leicht gewesen, einen „Weltproteststreik“ auszurufen.

Die Herrschaften kommen damit aber wohlweislich erst, nachdem es zu spät ist. Als es noch Zeit war, haben sie etwas anderes getan. Da wurde z. B. in Paris von einem neutralen Komitee ein Protestmeeting einberufen, auf dem neben Kommunisten unter anderem auch der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux reden sollte. Dieses Meeting wurde von den Kommunisten durch sorgfältige Vorkämpfer sabotiert, um Jouhaux am Sprechen zu verhindern. Das ist die „Aktion“ der Kommunisten.

# Gewerkschaften und Internationale.

## Kommentare zum Pariser Kongress.

Der „Korrespondent“ der Buchdrucker, der über den Internationalen Gewerkschaftskongress ausführliche und bemerkenswerte Berichte brachte, schreibt abschließend in seiner Nr. 68 vom 24. August:

Daß die breite Masse der Gewerkschafter mehr mit ihren internationalen Dingen beschäftigt werden muß, das haben die Erfahrungen mit dem vierten Kongress vollumfänglich gelehrt. Es ist diesmal ja auch schon besser geworden, wenn man sich die Berichterstattung über die Pariser Verhandlungen betrachtet. Die Gewerkschaftspressen sind in viel größerem Umfange daran beteiligt, wenn auch der Qualität nach mehr hätte getan werden können. Die „Gewerkschaftszeitung“ selbst war im Jahre 1924 sogar von äußerster Bescheidenheit in ihrem Kongressbebildern von Wien. Man sollte die Arbeiter nicht immer so auf das ja später erscheinende stenographische Protokoll hinweisen; wer kommt denn dazu? Diesmal hat es in der Gewerkschaftspressen sogar selbständige Bilder von dem Pariser Kongress gegeben; was aber damit den Lesern geboten worden ist, war schlimmer als beabsichtigte Karikaturen von den Hauptpersonen des Kongresses.

Abschließend soll diesmal nur noch gesagt werden, daß die von den russischen Führern — mit denen wir niemals die russischen Arbeiter identifizieren — stets so häßlich bekämpfte „gelbe Amsterdamer Internationale“ trotz der Periode Purcell-Brown ihre großen Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung hat. Von den russischen Methoden her ist aber die Reaktion ausgegangen in viele Länder; der italienische Faschismus hat ja zum direkten Vater den russischen Kommunismus. Wenn man die Gefahrenschwere genau abwägen will, dann erscheinen die gelben Gewerkschaften der Unternehmer leichter zu wiegen als die Regierungsgewerkschaften in Rußland und in Italien, die ebensowenig Selbständigkeit besitzen. Das durch und durch falsche Einheitsfrontgehe der russischen Diktatoren wird schon gekennzeichnet durch die Wiedergabe des Stöcker-Briefes aus Moskau vom März 1924, worin es sich um die Entscheidung über die Spaltung der deutschen Gewerkschaften handelt, und dann durch den fünften Kongress der kommunistischen Internationale am 17. Juni 1924, wo es höhnend hieß: „Wenn jemand wirklich glaubt, es handelt sich um eine Heirat mit den Amsterdamer, dann hört die Gemütlichkeit auf.“ Beide dem „aufrichtigen“ Tomski-Briefe an den IGB in Amsterdam kurz vorausgehenden Stellungnahmen beweisen zur Genüge, welchen großen Feind die internationale Arbeiterbewegung gewerkschaftlich wie politisch in den russischen Reichshandern großen und kleinen Kalibers gegen sich hat. Es ist anzuerkennen, daß der Pariser Kongress der Reinigungstriebe diese Erkenntnis sehr gefördert hat, und es muß mit Freude konstatiert werden, daß nur die Russenfrage mit ihren Nebengebieten Gegenstände in die Erscheinung treten ließ.

# Der neue Vertrag für die Rheinschiffahrt.

## Der Erfolg des Kampfes.

Duisburg, 24. August. (Eigenbericht.)

Am Dienstag spät abends wurden in Köln vor dem Schlichter die Verhandlungen über die Regelung des Tarifvertrages für das im Deutschen Verkehrsverband organisierte Schiffs- und Maschinenpersonal der Rheinschiffahrt zu Ende geführt. Die neuen tariflichen Regelungen sind bedeutend besser als bisher. Es werden künftig zwei Sonntage jeden Monat gewährt. Die Arbeitszeit

ist auf der Grundlage des Achtstundentages geregelt. Die Lohnverhältnisse machen 7 bis 10 Proz. aus. Außerdem ist eine Reihe sonstiger tariflicher Verbesserungen getroffen worden, insbesondere für das Fahrpersonal. Die Unternehmer setzen von jeder Maßregelung ab; alle Streikenden werden wieder eingestellt. Es besteht Aussicht, daß die Arbeit bereits im Laufe des Mittwochs wieder aufgenommen wird.

# Lohnbewegung im Aufzugbau.

Eine Versammlung der in den Berliner Kran-, Aufzug- und Fahrstuhlbetrieben Beschäftigten nahm am Dienstag abend im Verbandshaus der Metallarbeiter Stellung zur Einleitung einer Lohnbewegung.

Der Branchenleiter Genosse Stahl sowohl wie auch Genosse Fuchs vom Metallarbeiterverband gaben die Auffassung der Funktionäre wieder, die sich in ihrer letzten Zusammenkunft einmütig dahin ausgesprochen haben, daß die zurzeit gezahlten Löhne mit den Lebensverhältnissen in einem schreienden Mißverhältnis stünden und dringend einer Aufbesserung bedürften. Diese Meinung der Funktionäre sei nicht diktiert worden von der guten Konjunktur, die in der Branche herrscht, sondern lediglich von der Erkenntnis, daß die Arbeiter imstande sein müssen, so zu leben, wie es ihr oft unter Lebensgefahr ausgeübter Beruf erfordert.

Beide Redner betonten auch mit Recht, daß das gute und rasche Gelingen der Lohnbewegung von der organisatorischen Stärke der Branchenangehörigen abhängen wird und daß es deshalb notwendig sei, die noch vorhandenen Lücken schnellstens auszufüllen. Bei der bekannten Einstellung des Verbandes Berliner Metallindustrieller, dem die meisten für die Bewegung in Frage kommenden Firmen angegeschlossen sind, muß damit gerechnet werden, daß die Bewegung ein hartes und langwieriges Ringen werden kann, das die Anspannung der äußersten Kräfte erfordert.

Die Versammelten ließen in der Diskussion erkennen, daß sie der gleichen Auffassung seien wie die Branchenleitung und die Organisationsleitung. Sie versprachen, durch rege Agitation in den Betrieben die Voraussetzungen für das Gelingen der Bewegung schaffen zu helfen. Die Ausstellung der Forderungen wurde den Funktionären überlassen, die von einer im Anfang des nächsten Monats stattfindenden Versammlung unterbreitet werden sollen, für deren reiflichen Besuch schon jetzt in den Betrieben rege Propaganda gemacht werden soll.

# Ausperrung im Steinmehlgewerbe.

Leipzig, 24. August. (Eigenbericht.)

Zu einem schweren Kampf in der sächsischen Metropole der Steinindustrie in Demitz-Thumitz haben die Unternehmer das Signal gegeben. Nachdem die Gewerkschaft des Steinmehlgewerbes mit den zuständigen Instanzen der Unternehmer am 12. März eine Vereinbarung getroffen hat, durch die die Hundertjährige und der Stundenlohn bis zum 30. September geregelt, der Affordgrundtarif und auch die allgemeinen Bestimmungen aber zum 13. Mai durch den Gewerkschaftsleiter gekündigt wurden, war der Tarif nunmehr am 1. Juli abgelaufen. In der Zwischenzeit haben zwar Verhandlungen stattgefunden, jedoch ist über den hauptsächlichsten Teil des Tarifvertrages, den Affordgrundtarif, keine Einigung erzielt worden. Um nun nicht außer Tarif arbeiten zu müssen, forderten die Steinmehler, solange in Stundenlohn zu arbeiten, als es einen Tarif nicht gibt.

Das lehnten die Unternehmer ab und verlangten die Arbeitsleistung unter den tarifwidrigen Affordbedingungen. Darauf konnten die Steinmehler unter keinen Umständen eingehen. Die Unternehmer griffen nun zu dem Mittel, den Steinmehler keine Arbeit mehr zuzuwenden, sie also auszusperrten. Die Steinmehler haben den Kampf angenommen und sind gewillt, ihn zu einem siegreichen Ende zu führen. Die Kollegenschaften anderer Bezirke werden um Solidarität ersucht.

# Gewerkschaftskundgebung am 28. August.

## Aufmarsch der Beamten-Gewerkschaften.

Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, der Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten, des Reichsverbandes der Justizbeamten, des Bundes der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten und die Justizwachmeister treffen sich um 12 Uhr am Kottbuser Tor und schließen sich dem Zug 7 an.

# Vor einem Kölner Kraftfahrerstreik?

Köln, 24. August. (Tl.)

Das Kraftfahrzeuggewerbe fühlt sich durch die neue Drohtenverordnung, wie sie ab 1. September angeht, bedroht, schwer geschädigt. Zurzeit finden Verhandlungen statt, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Es besteht in den Reihen der Kraftfahrer die Absicht, falls eine befriedigende Einigung nicht erzielt wird, ab kommenden Donnerstag nicht mehr zu fahren.

# Konflikt in der ostpreussischen Eisenindustrie.

Kattowitz, 24. August. (Tl.)

Die Lohnverhandlungen in der ostpreussischen Eisenindustrie sind, wie nicht anders zu erwarten war, gescheitert und die Forderungen von den Unternehmern glattweg abgelehnt worden. Die Arbeiter forderten, nachdem die letzte Lohnzulage am 1. Dezember 1926 erfolgt war, eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Proz. und Angleichung der Löhne in den einzelnen Industriebezirken. Die Arbeiterorganisationen haben daraufhin für Mittwoch einen Betriebsrätekongress einberufen, auf welchem weitere Maßnahmen bezüglich des Lohnkampfes beschlossen werden sollen.

# Forderungen der saarländischen Bergarbeiter.

Saarbrücken, 24. August. (Tl.)

Die Organisationen der Bergarbeiter des Saargebietes fordern von der französischen Bergwerksdirektion nunmehr eine besondere allgemeine Vergütung der Feiertage, die für den Herbst vorgezogen sind. Einer Verringerung bedarf auch die Art der Erwerbslosenunterstützung, wie sie den Bergarbeitern gegenüber geübt wird. Die Regierung bewilligt den Bergarbeitern nur dann Erwerbslosen-

unterstützung, wenn sie nachweisen, daß sie unverschuldet ohne Arbeit sind. Ist ein anderer Entlassungsgrund vorhanden, so wird eine Arbeitslosenunterstützung nicht ausgezahlt.

# Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 24. August. (WTB.)

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. d. M. 1.022.100. Der Rückgang gegen die Vorwoche betrug 2641, der Rückgang gegen die gleiche Zeit des Vorjahres (Bergarbeiterstreik) 558.420.

# Die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich.

Wien, 24. August. (WTB.)

Amlich wird mitgeteilt: Mitte August 1927 wurden in Oesterreich insgesamt 137.754 untertätige Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung vom 31. Juli 1927 ergibt sich eine geringfügige Zunahme um 845 Personen. Zu der eingangs angegebenen Zahl von 137.754 untertätigen Arbeitslosen kommen noch jene Arbeitslose, die bei den Arbeitsnachweiskstellen zur Arbeitsvermittlung vorgemerkt sind, ohne eine Unterstüttung zu beziehen, das sind etwa 34.000.

# Wirtschaft

„Der Wohnungsbau in Gefahr.“ Unter diesem Marmruf behandelt Walthar Ustor in der letzten erschienenen Nr. 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ die geradezu katastrophale Lage des Hypothekemarktes, die, wenn nicht sofort die Reichsregierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingreift, die Stilllegung einer großen Anzahl von Bauten und den Zusammenbruch zahlreicher Bauauftraggeber und Baugesellschaften zur Folge haben wird. Walthar Ustor weist treffend auf die Gefahr der Sparkassen und namentlich der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hin, die ja für 100 Millionen Mark landwirtschaftliche Hypotheken wohnt in der Aussicht gegeben habe, die wohnungslosen Angestellten durch schöne bebauten Häuser zu erfreuen. Wenn diese Institute nicht freiwillig ihre Pflicht zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Herabgabe erster Hypotheken erkennen würden, dann müßte durch ein Reichsgesetz die dringend notwendige Abhilfe geschaffen werden, denn die Beseitigung der Wohnungsnot sei nun einmal die wichtigste Aufgabe, die mehr zur Hebung der Volksgefundheit beitrage als alle Renten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zusammengenommen. In einem weiteren Aufsatz: „Die Finanzierung des Wohnungsbaues“ verlangt Verwaltungsrat Julius von Gruner unter eingehender Begründung zur endgültigen Behebung der Wohnungsnot die Sicherstellung der öffentlichen Mittel auf lange Sicht und die denkbar bewegliche Anpassung der Verwendung dieser Mittel an die wirtschaftliche Lage.

Auch eine Folge deutscher Unternehmerpolitik. Die arbeitstägliche Steinkohlenförderung im sächsischen Kohlenrevier war im Juli rückgängig. Sie betrug 11.658 Tonnen gegenüber 12.214 Tonnen im Vormonat. Sie wurde, wie im Fachblatt „Industrie-Kurier“ berichtet wird, durch eine Belegschaftsabwanderung hervorgerufen und zwar verringerte sich die Zahl der in den sächsischen Gruben beschäftigten Arbeiter im Juli um 629 auf 23.175 (23.804) Mann. Die Abfahrtslage selbst war im allgemeinen weiterhin befriedigend. Die Förderung konnte im großen und ganzen voll abgesetzt werden und in Hausbrandorten war die Nachfrage weiter so reger, daß, wie im Vormonat, wieder ein Teil der Vorräte mit verladen werden mußte.

Zinsverbilligung für Bodenverbesserungsdarlehen. Das Reichsministerium für Erziehung und Landwirtschaft hat nach Benehmen mit den Landesregierungen Richtlinien für die Verbilligung des Zinsfußes von Bodenverbesserungsdarlehen herausgegeben. Danach stellt die Reichsregierung in den Jahren 1927 bis 1931 je sechs Millionen Mark zur Zinsverbilligung zur Verfügung. Zinsverbilligungen können erhalten Genossenschaften oder Einzelbauern, die nach einem von Kulturbauamt geprüften und zu überwachenden Pläne landwirtschaftliche Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Dränagen usw.) ausführen wollen und die dazu erforderlichen Mittel auf dem freien Kapitalmarkt oder bei der Rentenbankkreditanstalt aufbringen. Die Verbilligung erfolgt derart, daß der Landwirt für fünf Schonjahre nicht mehr als 4 Proz. Zinsen neben einem Verwaltungskostenzuschlag von höchstens 1/2 Proz. für das ausgenommene Meliorationskapital zu zahlen hat; der darüber hinausgehende Zinsbetrag wird ihm aus Reichsmitteln vergütet. Die Zinsverbilligung wird nur für Darlehen gewährt, deren Zinsfuß, Auszahlungshöhe usw. angemessen ist. Anfragen sind an das zuständige Kulturbauamt oder an die Deutsche Boden-Kultur-Vereinsgesellschaft, Berlin W. 10, Margaretenstr. 8, zu richten.

Ausländische Konkurrenz auf dem Ziegelmarkt. Die Ziegelindustrie, die für ein besonders scharfes Preisniveau auf dem inländischen Baumarkt berichtigt ist, bekommt jetzt die ersten Nackenschläge ihrer sinnlosen Preispolitik zu spüren. Jedenfalls klagt die Industrie selbst darüber, daß es in immer stärkerem Umfang der ausländischen Konkurrenz, insbesondere Polens, trotz des Zollkrieges gelingt, auf dem deutschen Ziegelmarkt Absatz zu finden. Anstatt daß die Ziegelindustrie hieraus die Konsequenzen ziehen und ihre Preise wettbewerbsfähig machen, — was bei den in der Konjunktur gefestigten Gestehungskosten möglich sein müßte — versuchen sie, mit ihren Klagen bei der Regierung Stimmung für erhöhte Zölle zu machen. Als ob höhere Preise die Konkurrenzsfähigkeit herstellen könnten, die bei niedrigen nicht vorhanden ist!

Die Hohlglasindustrie schließt sich zusammen. Die in Dresden abgehaltene Tagung führender Hohlglasindustrieller hat beschlossen, bei den bestehenden unangünstigen Absatzverhältnissen im In- und Ausland die gesamte Hohlglasindustrie zu einem Bund deutscher Hohlglasfabriken zusammenzuschließen. Anfang September wird die offizielle Gründung des Verbandes stattfinden. Bisher bestanden in den verschiedenen Branchen der Hohlglasindustrie bereits preisregulierende Verbände, dagegen ist die Tätigkeit des Bundes deutscher Hohlglasfabriken viel weiter gefaßt, da er eine allgemeine Regelung der Produktion und des Absatzes vornehmen wird.

Verantwortlich für Politik: Richard Dornberg; Schriftf. H. Catez; Gewerkschaftsredaktion: Friedrich Glatz; Korrespondent: R. G. Schiller; Redaktionsrat: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glatz; Druck: Friedrich Glatz; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag; Druckerei: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 2.

**Rudolf Fink**, Berlin NW 21, Turmstr. 6  
vis-à-vis Kriminalgericht  
Alt-Moabit 83 und Ullmannstr. 106.  
Aus eigen. Spezial-Rösteren stets frischgerösteter Kaffee:  
Pfund 2,50 J.— 3,80 4,20 4,60 Rm.  
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.  
Echt chinesischer und indischer Tee,  
Schokoladen, Kakao, Keks, Pudding,  
Himbeer- u. Kirschsaff, H. Olivenöl,  
Feinkostwaren, keine Liköre und Spirituosen  
Gut gepflegte gelagerte Weib-, Rot- und Sektweine.  
Echte Braunschw., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.  
Frische Eier zu billigsten Tagespreisen.  
Hase- und Butter-Handel. — Sehr preiswert!  
Prima Dauer-Zervelatwurst! Pfund 2,50 Rm.

**Der gute Kapitän-Kantabak**  
ist in den meisten Digarren-Verkäufen erhältlich  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3061

**Schenk Bücher zu jedem Fest!**  
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 2.

**Elektrische Anlagen**  
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung  
2 Zimmer 65,— 3 Zimmer 80,—  
4 Zimmer 105,— M. einsch. Küche, Korridor und Bad.  
Vertreterbesuch und Kostenanschlag un-  
verbindlich!  
G. Joh. Reincke & Co.  
Geprüfter Elektromeister  
Berlin-Schöneberg, Muxstraße 6,  
Stephan 8279.

**Schaufenster-Tapete!**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.  
**Sächsische Tapeten-Industrie**,  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.  
**Möbel-Beiser**  
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer  
Küchen, Klubgarnitur., Einzelmöbel  
in gediegener Qualität zu niedrigen Preisen  
auf Teilzahlung!  
Norden: Lothringer Straße 67  
Osten: Frankfurter Allee 336

**Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf**  
Billig und gut  
Thaerstr. 40  
geöffnet von 8—3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8—7 Uhr  
Schönhauser Allee 33  
geöffnet von 8—1, 4—7 Uhr

**Holzhäuser** liefert seit 25 Jahren  
Dickmann A.-G., W 57  
Wochenendhäuser - Prospekt gratis.  
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.  
**Konkurrenzlos!!!**  
Metallbetten mit Polsteranlagen 10,50 an  
Sofa 20,—  
Schl.-Chaiselongues 50,—  
Chaiselongues-Becken 24,—  
Wandbänke 1,—  
Patenmatratzen 3,—  
Freisendung! Ratenzahlung!  
Göhr, Berlin, Pappelallee 12  
Pankow, Schmidtstr. 1.

**Bettfedern**  
anerkannt billig und reell.  
100 gran 60 Pf., reich 90 Pf.,  
Rupp 1 1/2, Halbbaune 2 1/2, 4,  
mehr goldbraune u. Dunne 4, 7, weiß 9—10,  
Schleibbaune 3,50—5, Oberbett in dichtes  
Sattelt 6 Pf., Idem 12, 18, Riffen 3 Pf., 3,50  
5,50 anm. gegen Rothe, Muller, Preis frei,  
Bettfedern Spezialhaus Sachse & Stadler,  
Berlin C 12, Ransberger Str. 41.  
Sogelichte Dampfreinigung 41.

**Marken-Zigaretten**  
Große Auswahl, billige Preise.  
Juno reichlich am Lager  
Sommer Markgrafenstr. 23 und  
Neue Schönehauserstr. 43

**Photoapparate, Feldstecher**  
kaufen sie gut und preiswert im  
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98